



174. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
11. November 2020

Antrag 1

Reform der EU - Budgetregeln zur Bewältigung der Corona Krise

Die Maßnahmen der Regierung auf die Corona-Krise war ein großes Maßnahmenpaket zur Überbrückung der Krise und zur Stützung der Konjunktur während dieser Zeit. Dadurch konnten die verheerenden Folgewirkungen der Krise für Unternehmen und private Haushalte abgewehrt werden. Das Resultat eines Rekord-Budgetdefizits durch Corona ist rein logisch in dieser Ausnahmesituation.

Für die Folgejahre nach der Krise sollte der österreichische Staat sich nicht durch die geltenden Defizitgrenzen der EU Budgetregeln und der nationalen Schuldenbremse einengen lassen. Denn dadurch würde die wirtschaftliche Erholung von der Corona-Krise in Gefahr geraten. Die österreichische Bundesregierung muss sich mit aller Kraft für eine sofortige Reform der Budgetregeln auf europäischer Ebene einsetzen. Vor allem die Berechnungsmethode der „Output-Lücke“:

„In wirtschaftlich schwierigen Zeiten unterschätzt die Kommission aufgrund der durch zyklische Faktoren getriebenen Abwärtsrevisionen im Potenzialoutput somit auf systematische Weise das Ausmaß der Unterauslastung. Deshalb bemisst sie in Zeiten unzureichender Nachfrage auch den Einfluss des Konjunkturzyklus auf das Budget zu gering. Dies hat eine Überschätzung des strukturellen Defizits und damit überschießenden Budgetkonsolidierungsdruck zur Folge.“¹

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert die österreichische Bundesregierung auf, sich für eine Reform der aktuell festgeschriebenen EU-Defizitrichtwerte einzusetzen.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

¹ Zitat: Das „strukturelle Defizit“ in der österreichischen Budgetpolitik: Berechnungsprobleme, Revisionen und wirtschaftspolitische Relevanz, S.459; https://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2016_42_3/2016_42_3_0451.pdf (22.10.2020)



174. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
11. November 2020

Antrag 2

Pensionsreform für eine Existenzsicherung von Frauen im Alter

Die Verstärkung der Frauenerwerbslosigkeit durch Corona verstärkt die Ursache für den jetzt schon großen Unterschied in den Pensionshöhen von Frauen und Männern zukünftig noch mehr und macht es umso dringlicher, eine Reform im Pensionssystem anzustoßen.

Der starke Anstieg der Frauenerwerbslosigkeit durch die Krise und die „selbstverständliche“ zusätzliche Übernahme unbezahlter Versorgungsarbeit, wie zum Beispiel die Kinderbetreuung und das Lernen von zu Hause aus per Internet, werden im aktuellen österreichischen Pensionssystem den geschlechtsspezifischen Pensionsunterschied in der Zukunft noch weiter verschärfen.

Die geringeren Erwerbseinkommen von Frauen durch Teilzeitarbeit und Diskriminierung in der Bezahlung bzw. die oftmals geringe Anzahl an Erwerbsjahren durch die Berufsunterbrechungen in den Haupterwerbsjahren sind bereits bekannte Druckpunkte.

Die Reform des Pensionssystems muss eine bessere Anrechnung und Bewertung von Zeiten unbezahlter Versorgungsarbeit beinhalten, damit die Schere bei der Altersabsicherung zwischen Männern und Frauen zukünftig, verstärkt durch die Corona Krise, nicht noch größer wird. Die Altersabsicherung darf nicht nur auf Erwerbsarbeit und den eingezahlten Sozialversicherungsbeiträgen aufsetzen, sondern auch auf die unbezahlte, aber gesellschaftlich notwendige Versorgungsarbeit.

Bedeutsame Punkte bei der Reform sind gewichtigere Bewertungen für die Pension von:

- Kindererziehungszeiten
- Pflegezeiten
- Karenzzeiten
- Arbeitszeiten während der Elternteilzeit

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert eine Änderung in den Regeln des Pensionssystems, die eine unabhängige Existenzsicherung von Frauen im Alter gewährleisten.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------



174. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
11. November 2020

Antrag 3

Befristete Mietverträge

Während der Corona Krise laufen wieder viele befristete Mietverträge in Mietwohnungen aus. Generell, mit oder ohne Corona Krise sind Befristete Mietverträge eine große Ungerechtigkeit für viele Menschen. Die ständige Unsicherheit über eine Verlängerung ihres Mietvertrages ist ein unhaltbarer Zustand.

Befristete Mietverträge sind heutzutage, wenn man in die Wohnungsinserate blickt, beinahe zu einer Normalität geworden. Auf dem Wohnungsmarkt, der nach der Finanzkrise im Jahr 2008 durch immer mehr Spekulation, Geldanlageobjekte und daher einer „künstlichen“ Wohnungsknappheit gekennzeichnet ist, ist das Ergebnis eine totale Marktmacht der Eigentümer bei den Mietverträgen gegenüber den MieterInnen. Die Folge sind Mietsteigerungen, die wir in diesem Ausmaß nicht kannten. Der Wohnungsmarkt in Wien wird alleine nur durch den aktuell noch großen Anteil an gemeinnützigen Wohnungen stabil gehalten und bietet für MieterInnen dieser Wohnungen die einzige Möglichkeit den Mietwuchern zu entkommen.

Zwar gibt es in Österreich für Altbauten Richtwerte für Mieten und ein Zu- und Abschlagsystem für Mietobergrenzen, diese werden jedoch praktisch sehr oft nicht angewendet bei der Vergabe der Wohnungen.

Auf der einen Seite werden durch die Befristeten Verträge quasi das Recht entzogen gegen zu hohe Mieten zu klagen, weil sie befürchten müssen, bei einer Klage eine Verlängerung des befristeten Vertrages zu verlieren. Fact ist, dass die Suche nach einer neuen Wohnung und ein Umzug viel Zeit und Kosten verursacht, die viele Menschen abschreckt gegen diese Ungerechtigkeit zu klagen.

In der derzeitigen Corona Krise verschärft sich durch diese Situation der befristeten Mietverhältnisse eine langfristige Lebensplanung für viele (vor allem junge) Familien ins Untragbare. Die einzige Konsequenz für VermieterInnen ist die Rückzahlung der überhöhten Miete.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert zusätzliche Strafzahlungen bei unrechtmäßig hohen Mieten für die VermieterInnen, die Verfolgung als Betrug im wiederholten Fall für VermieterInnen und das Ende für befristete Mietverträge in der Zukunft.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------



174. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
11. November 2020

Antrag 4

Rekord der Arbeitslosigkeit in der Corona Krise

Die Zahl der Arbeitslosen ist durch die Corona Krise auf einem Rekordwert. Die Einkommensverluste dieser Menschen erreichen Höhen von 10 bis 20 Prozent des Nettoeinkommens bei Kurzarbeit und bis zu 45 Prozent des vormaligen Nettoeinkommens bei Arbeitslosigkeit. Eine Erhöhung des derzeitigen Arbeitslosengeldes ist dringend notwendig um diese Menschen zu entlasten und gleichzeitig auch die Wirtschaft wieder durch den damit verbundenen höheren Konsum zu stärken.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist für die Jobsuchenden aktuell fatal, da es einen gleichzeitigen Rückgang an offenen Stellen gibt. Für die meisten Arbeitslosen ist es zurzeit praktisch unmöglich, eine neue Stelle zu finden. Diese Situation kann mit einer drohenden zweiten Welle in diesem Winter nochmals verschärft werden.

Das Arbeitslosengeld liegt im Durchschnitt unter der Armutsgefährdungsgrenze von 1.280 Euro und wird bei langfristiger Arbeitslosigkeit durch die Corona Krise zu derzeit noch nicht absehbaren Folgen in Österreich führen. Wir benötigen eine sofortige Einkommensstabilisierung dieser Menschen. Solange Corona die Privatwirtschaft schwächt, muss der Staat die Arbeitsplätze, öffentliche Beschäftigung, wie zum Beispiel in der Pflege, forcieren.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert:

- Die Erhöhung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe über die Armutsgefährdungsgrenze.
- Die Fortsetzung der Kurzarbeit bis die Corona Krise überstanden ist.
- Eine Arbeitszeitverkürzung um neue Arbeitsplätze zu schaffen.
- Wiedereinführung des Programms für Langzeitarbeitslose

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------